

Niederschrift

über die 25. Sitzung des Stadtrates der Stadt Neustadt an der Orla (öffentlicher Teil)

Datum, Uhrzeit: 31.01.2013, 19:00 Uhr bis 21:15 Uhr

Ort: Neustadt an der Orla, Ratsaal des Rathauses

TAGESORDNUNG:

Öffentlich:

1. Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)
2. Genehmigung der Niederschrift der 24. Sitzung des Stadtrates der Stadt Neustadt an der Orla vom 29.11.2012 (öffentlicher Teil)
3. Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2013 einschließlich Haushaltsplan 2013 und Anlagen
4. Beschlussfassung zum Finanzplan für die Jahre 2012 - 2016 mit dem dazugehörigen Investitionsprogramm
5. Beschlussfassung über die teilräumliche Fortschreibung und Vertiefung für den Bereich zwischen Centbaumweg und Arnshaugker Straße im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) Neustadt an der Orla 2020 auf der Grundlage von § 171 b BauGB in der zurzeit geltenden Fassung
6. Beschlussfassung über die Aufstellung des Bebauungsplanes „Wohnbebauung für den Bereich zwischen Centbaumweg und Arnshaugker Straße“
7. Beschlussfassung über die Vergabe von archäologischen Untersuchungen im Bereich der Stützen im Inneren und Glasanbau für die Maßnahme Umbau/Sanierung Klosterkirche und Schloßgasse 31 zu Gemeindesaal in 07806 Neustadt an der Orla
8. Beschlussfassung über den Antrag auf Befreiung von der grünordnerischen Festsetzung zum Bebauungsplan „Gewerbegebiet Neustadt/Orla – Molbitz/Dreitzsch“ 1. Änderung bezüglich der Begrünung von Wandflächen
9. Beschlussfassung über die Kostenspaltung für die Teileinrichtung "Beleuchtung" der Verkehrsanlage "Am Oberen Gries" in Neustadt an der Orla zwecks Erhebung von Straßenausbaubeiträgen
10. Beschlussfassung zum Abschluss eines Leasing-Vertrages für ein Dienstfahrzeug des Bürgermeisters
11. Anfragen der Fraktionen und Stadträte
12. Bürgeranfragen

Anwesenheit:

Leitung der Sitzung

Ralf Weiße

1. Beigeordneter, Fraktion BfN

BfN-Fraktion

Martina Gerner

Prof. Dr. Werner Greiling

Kay Patzer

Uwe Pfannenschmidt

Udo Schedlinski

CDU-Fraktion

Ulrich Wissing - Fraktionsvorsitzender
Siegfried Eismann
Jane Michel
Christine Rabenberger
Carsten Sachse - Ortsteilbürgermeister Neunhofen

Die LINKE.-Fraktion

Heike Hücker
Bernd Keidel
Dr. Dieter Rebelein

Liste FDP

Karl-Heinz Stolze

Mitglied des Ortsteilrates

Gerold Schmidt

SPD-Fraktion

Olaf Gumz - Fraktionsvorsitzender
Klaus Kupfernagel
Christa Pathe

entschuldigt

Arthur Hoffmann - Bürgermeister (Krankheit)
Gabriele Kühn - Fraktion Die LINKE. (Neujahrsempfang Landrat)
Dana Oertel - Fraktionsvors. Die LINKE. (Krankheit)

Verwaltung

Dominik Bulinski - Amtsleiter Bauamt
Heike Jansen-Schleicher - Amtsleiterin Hauptamt
Gerald Klenz - Amtsleiter Ordnungsamt
Angelika Neitzel - Amtsleiterin Kämmerei

Schriftführer

Simone Schmidt

nur öffentlicher Teil:

Bürgermeister Breitenhain-Strößwitz

Jens Schleif

Stadtwerke Neustadt (Orla) GmbH/Dienstleistungsgesellschaft mbH

Reiner Greiling

WohnRingAG

Rolf Henschel
Silke Kaschnik

Von der Presse nimmt Herr Cissek, OTZ, teil.

An der öffentlichen Sitzung nehmen ca. 25 Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Neustadt an der Orla und ihrer Ortsteile, 15 Mitarbeiter der Stadtverwaltung Neustadt an der Orla sowie 40 Bürger teil.

Eingangs zur Sitzung findet ein Gedenken an Herrn Pfarrer Peter Tanz, Ehrenbürger der Stadt Neustadt an der Orla, welcher am 25.12.2012 verstorben ist. Es werden Ausschnitte aus dem Film "Peter Tanz – Der Ehrenbürger", welcher anlässlich der Verleihung der Ehrenbürgerwürde am 26.08.2008 gedreht wurde, gezeigt. Anschließend hält Herr Weiße eine kurze Ansprache zur Würdigung seiner Verdienste, welcher eine Schweigeminute anschließt.

Feststellung der Beschlussfähigkeit:

Von 21 Mitgliedern des Stadtrates sind 19 Mitglieder des Stadtrates anwesend. Entschuldigt fehlen zwei Mitglieder des Stadtrates und der Bürgermeister.

Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

TOP 1: Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Die Einladung zur heutigen Sitzung mit den entsprechenden Unterlagen wurde an alle Mitglieder des Stadtrates fristgerecht versandt.

Herr Kupfernagel stellt den Antrag, dass TOP 8 in den nichtöffentlichen Teil der heutigen Sitzung verlegt wird, und begründet dies damit, dass die umfangreichen Unterlagen erst vor der heutigen Sitzung als Tischvorlage zur Verfügung gestellt wurden. Die Stadträte könnten sich somit in der Pause einen Überblick verschaffen.

Antrag des Herrn Kupfernagel:

Der TOP 8 "Beschlussfassung über den Antrag auf Befreiung von der Festsetzung zum Bebauungsplan 'Gewerbegebiet Neustadt/Orla-Molbitz' 1. Änderung bezüglich der Begrünung von Wandflächen" wird in den nichtöffentlichen Teil der heutigen Tagesordnung verlegt.

Abstimmung: 4 Ja-Stimmen, 11 Gegenstimmen, 4 Stimmenthaltungen

Somit ist dieser Antrag abgelehnt.

Seitens der Mitglieder des Stadtrates erfolgen **keine** weiteren Änderungsvorschläge.

Die Mitglieder des Stadtrates bestätigen die vorliegende öffentliche Tagesordnung der 25. Sitzung des Stadtrates der Stadt Neustadt an der Orla.

Abstimmung: 19 Ja-Stimmen (einstimmig)

TOP 2: Genehmigung der Niederschrift der 24. Sitzung des Stadtrates der Stadt Neustadt an der Orla vom 29.11.2012 (öffentlicher Teil)

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 24. Sitzung des Stadtrates vom 29.11.2012 wurde an alle Stadträte versandt.

Seitens der Stadträte und Amtsleiter erfolgen **keine** Änderungsvorschläge.

Beschluss Nr. SRS/385/25/13:

Der Stadtrat genehmigt die Niederschrift aus der 24. Sitzung des Stadtrates der Stadt Neustadt an der Orla vom 29.11.2012 (öffentlicher Teil) in vorliegender Form.

Abstimmung: 18 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen, 1 Stimmenthaltung

TOP 3: Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2013 einschließlich Haushaltsplan 2013 und Anlagen

Herr Weiße macht Ausführungen zum Haushaltsplan 2013 für die Stadt Neustadt an der Orla analog des Vorberichtes (siehe Vorlage Nr. 421/ 2009 – 2014).

Der Finanz- und Liegenschaftsausschuss hat den Sachverhalt in der Sitzung vom 21.01.2013 beraten und empfiehlt dem Stadtrat mit 3 Ja-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen, die Haushaltsatzung 2013 einschließlich Haushaltsplan und Anlagen zu beschließen.

Folgende Stellungnahmen werden abgegeben:

Herr Gumz – Fraktionsvorsitzender der SPD:

"Sehr geehrter Herr Beigeordneter Weiße, sehr geehrte Stadträte, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

wenn wir uns die Stellungnahmen der letzten zwei bis drei Jahre aller Fraktionen nochmals in Erinnerung rufen, wird man leicht feststellen, dass viele Punkte, die dringend in Angriff genommen werden müssten, welche sich nachhaltig positiv auf den Haushalt ausgewirkt hätten, nicht oder nur ansatzweise durchgesetzt worden sind.

Da die Haushaltssituation in Zukunft unter den jetzt gegebenen Voraussetzungen sich nachweislich verschlechtern wird, müssen die Punkte kontinuierlich abgearbeitet werden. Dazu gehört aber auch, dass alle Entscheidungsträger den Willen und das Durchsetzungsvermögen dazu haben. Dies kann durch ein Soforthilfepunkteprogramm, welches mehrheitlich unterstützt wird, erfolgen. In diesem Zuge ist es wichtig, dass die Ergebnisse regelmäßig offen gelegt werden, um gegebenenfalls zu reagieren, denn das ist zurückblickend unserer Meinung nach zu kurz gekommen. Wenn uns das nicht gelingen sollte, müssen wir uns ernsthaft fragen, ob wir in der Lage sind, vorausschauend zu haushalten. Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushalt und dem vorliegenden Finanzplan, wenn auch mit Bedenken, zu."

Herr Dr. Rebelein – Stellv. Fraktionsvorsitzender Die LINKE:

"Werte Abgeordnete, werte Gäste,

wir haben uns zum Haushalt 2013 eine ganze Menge Gedanken gemacht und uns rege an der Diskussion in der Klausur, in der Fraktion und in den Ausschüssen beteiligt und sind zu folgender Stellungnahme dazu gekommen:

Ein vermutlich guter Haushaltsabschluss im Jahre 2012 und so mancher Fakt aus der Neujahrsrede unseres Bürgermeisters sollten uns positiv ins Jahr 2013 starten, aber nicht übermütig werden lassen. Vor uns liegt ein zwar ausgeglichener Haushalt, ausgeglichen nur deshalb, weil eine erneute Entnahme aus der Rücklage geplant ist, immerhin 400.000 EUR! Diese Tatsache ist mit einem Ausrufezeichen zu versehen und Aufforderung genug für uns, noch 2013 einschneidende und vielleicht auch unpopuläre Maßnahmen zu ergreifen, um die finanzielle Leistungsfähigkeit auch in den zukünftigen Jahren weiter zu sichern. Ein Blick auf die Tabelle zur Entwicklung der Rücklage zeigt, dass allein bis 2016 der Verlust auf mehr als 2,5 Mio. EUR zu beziffern ist. Das gibt unsere Rücklage nicht her.

Zum Verwaltungshaushalt müssen wir heute kritisch anmerken, dass der Umbau bzw. die Umstrukturierung der Verwaltung zwar begonnen, aber noch nicht so weit vorangeschritten ist, dass wir in absehbarer Zeit hier Personalkosten einsparen können. Positiv sehen wir, dass die Zuschüsse für Sport- und Kulturförderung, Wohlfahrtsverbände, Jugendvereine und Ferienuhren analog der vergangenen Jahre eingeplant sind.

Der Bürgermeister sagt in seiner Neujahrsrede, das Jahr 2013 wird das Jahr des Hochbaus. Fördermittel stehen für große Vorhaben bereit. Wir sollten dabei aber immer im Blick haben, auch Fördergelder sind Steuergelder, und wir sind aufgefordert, damit verantwortungsvoll umzugehen. Anmahnen möchte ich an dieser Stelle, dass wir bei unseren Planungen, egal ob Platzgestaltung Kino oder Bau des Festsaales, uns nie ausreichend mit den Folgekosten dieser Investitionen auseinandergesetzt haben. Noch keiner hat sich bis zum heutigen Tag die Mühe

gemacht, wie z. B. der Festsaal betrieben werden soll. Wir als Stadträte wissen lediglich, dass allein die technischen Betriebsausgaben bei knapp 30.000 EUR/jährlich liegen werden. Alle anderen Kosten kennen wir nicht. Die Frage ist, sie müssen aufgebracht werden oder an anderer Stelle, vielleicht sogar zu Lasten freiwilliger Aufgaben, muss gekürzt werden. Das soll mit der Linken nicht gemacht werden.

Ich sprach vorher von unpopulären Entscheidungen zugunsten der dauerhaften Leistungsfähigkeit. Was meinen wir damit, was sollte wirklich noch einmal auf den Prüfstand. Hier dazu ein paar Beispiele:

- 1. Der Lutherweg erfordert einen Zuschuss seitens der Stadt von 3.000 EUR. Die Wanderwege in der Umgebung der Stadt sind markiert, deren Unterhaltung verursacht bereits Kosten. Solange also nicht geklärt ist, wie hoch die Kosten der jährlichen Unterhaltung werden und wer sie trägt, sollte dieses Vorhaben zurückgestellt werden, auch wenn vom Land 30.000 EUR zusätzlich dazu zur Verfügung gestellt werden.*
- 2. Die Umgestaltung des Lutherhauses zum modernen, wissenschaftlich orientierten Museum darf nach dem vorliegenden Plan maximal einen Zuschuss von jährlich 70.000 EUR erfordern. Das ist genau der Zuschuss, den wir jetzt für unser Stadtmuseum aufbringen. Dazu liegen aber bis jetzt keine Berechnungen vor. Für evtl. Mehrausgaben ist im Haushalt kein Spielraum vorhanden. Damit sollte das Vorhaben ebenfalls bis zur Klärung der Folgekosten zurückgestellt werden.*

Sollten trotzdem diese Projekte fortgeführt werden, fordern wir als Linke eine Erarbeitung alternativer Finanzierungsmodelle für diese Vorhaben, um zu sichern, dass nicht unsere restliche Rücklage in wenigen Jahren aufgebraucht ist. Das könnten sein: Beteiligungen von Dritten, Finanzierung über Investmentfonds, finanzielle Patenschaften, Sponsoring o. ä. Das haben wir bisher noch nie diskutiert und auch noch nie darüber ernsthaft nachgedacht, sollte man aber in unserer jetzigen Haushaltslage durchaus in Angriff nehmen. Es ergeben sich einige weitere Fragen wie z. B.:

- ist der Bau der Bushaltestelle in Neunhofen wirklich unentbehrlich (das sind 55.000 EUR) - ob die dort auf dem engen Platz hinpasst, hat noch keiner so richtig nachgemessen, oder*
- halten die Funkgeräte der Feuerwehr wirklich nur ein Jahr oder*
- welchen Anteil trägt die Kirche Neunhofen zur Sanierung selbst bei oder*
- werden wieder zusätzliche Straßenlampen aufgestellt, damit zum Schluss doch der Energieverbrauch in der Stadt nicht gesenkt wird, weil durch zusätzliche Straßenlampen die gleichen Energiekosten anfallen, wie ohne zusätzliche Straßenlampen.*

Wir denken, zum Haushalt gehört Ehrlichkeit, weil er auf Dauer die Leistungsfähigkeit darstellen muss, und hoffen, dass diese Punkte nochmal überdacht werden und das in den Haushalt eingearbeitet werden kann."

Herr Schedlinski – Stellv. Fraktionsvorsitzender des "Bündnis für Neustadt":

"Werter Herr 1. Beigeordneter, sehr geehrte Damen und Herren!

Vor uns liegt der Haushalt 2013, der in mehreren Ausschusssitzungen und einer Klausurtagung diskutiert und ausgeglichen wurde. Es hat sich einmal mehr gezeigt, dass es jedes Jahr schwieriger wird, den Haushalt auszugleichen - ohne notwendige Investitionen zu streichen oder gar freiwillige Leistungen zu kürzen. Doch gerade auch die Förderung unserer Kultur- und Sportvereine oder die Unterstützung von Investoren sind ganz wichtig, um privates Engagement in Neustadt zu erhalten und weiter zu stimulieren. Deshalb ist es für uns als 'Bündnis für Neustadt' notwendig und richtig, hierfür Mittel im Haushalt auch weiterhin zu gewährleisten.

*Meine Damen und Herren,
dass der diesjährige Haushalt wie auch in den vergangenen Jahren wieder eine Rechnung mit vielen Unbekannten ist, zeigt allein schon die Tatsache, dass wir noch vor wenigen Wochen einen Haushaltentwurf mit einem Minus von fast 3 Mio. Euro hatten. Der Haushaltplan jetzt ist zwar ausgeglichen, allerdings war dies nur mit einer entsprechenden Entnahme aus der Rücklage möglich. Ob er auch inhaltlich bzw. in seinen Proportionen ausgeglichen ist, wird das Haushaltsjahr zeigen. Über eine höhere Kreisumlage oder sinkende Landes- und Bundeszuweisungen kann man spekulieren, diskutieren oder sich darüber aufregen, das hilft aber niemand weiter. Vielmehr sollte man bei den Entscheidungen darauf achten, den Dingen Vorrang zu geben, die perspektivisch auch wieder Einnahmen generieren. Dabei sehen wir es als wichtig an, entsprechende Gewerbestandorte wieder zu schaffen, um Unternehmen hier am Standort Neustadt anzusiedeln bzw. zu halten. Und, wir sind der Auffassung, dass hier einfach viel mehr getan werden muss. Gewerbesteuern sind und werden auch zukünftig eine der wichtigsten Einnahmequellen sein.*

*Meine Damen und Herren,
auch im Haushaltsjahr 2013 stehen wieder verschiedene größere Baumaßnahmen an. Ob Klosterkirche, Lutherhaus, Dorferneuerung oder Straßenerneuerung, die Fraktion des 'Bündnis für Neustadt' steht hinter diesen Maßnahmen. Wir mahnen aber sparsamste Mittelverwendung bei allen Baumaßnahmen an und fordern hierbei ständige Kostenkontrolle durch die Verwaltung und eine zeitnahe Information des Stadtrates. Transparenz gegenüber dem Stadtrat betrachten wir hierbei als selbstverständlich, denn im Nachgang Kostenexplosionen zu heilen, können und wollen wir nicht mehr tolerieren.*

*Meine Damen und Herren,
im vergangenen Jahr mahnten wir die Entwicklung im Bereich der Personalkosten an. Die Verwaltung wurde aufgefordert zu prüfen, ob Bereiche die nicht zur Kernverwaltung gehören, gegebenenfalls in eine andere Rechtsform überführt werden könnten. Geschehen ist bis dato wenig, um nicht zu sagen gar nichts. Dass es hierbei nicht prinzipiell nur darum geht, Stellen zu reduzieren, zeigt die neu geschaffene Stelle im Ordnungsamt, die letztlich der Feuerwehr zugeordnet ist. Wenn dadurch andere Kosten im Verwaltungshaushalt eingespart werden können, ergibt so etwas auch Sinn. Deshalb stehen wir als 'Bündnis für Neustadt' auch hinter dieser Stelle und fordern den Bürgermeister auf, diese dann auch zeitnah entsprechend zu besetzen. Zugleich gibt es aber auch Bereiche, in denen endlich einmal damit begonnen werden muss, Stellen nicht wieder zu besetzen, wenn sie aus Altersgründen frei werden. Auch das gehört zur Personalpolitik.*

*Meine Damen und Herren,
positiv ist sicherlich, der weitere Rückgang der Verschuldung zu bewerten. Hier sollte der eingeschlagene Weg fortgesetzt werden. Im Gegenzug dazu ist natürlich die Entwicklung der allgemeinen Rücklage äußerst kritisch zu betrachten. Den Haushalt durch Entnahme aus der Rücklage auszugleichen, wird so nicht mehr lange möglich sein.*

*Meine sehr geehrten Damen und Herren,
der uns vorliegende Haushalt ist ausgeglichen und gewährleistet die Handlungsfähigkeit der Stadt Neustadt. Das bedeutet allerdings nicht, dass es ein dauerhaftes 'Weiter so!' geben kann. Wir werden intensiv darauf drängen, dass entsprechende Maßnahmen zur Kostenreduzierung durchgesetzt werden und dass verstärkt nach Einsparpotenzialen gesucht wird.*

*Meine Damen und Herren,
noch haben wir den Optimismus nicht ganz verloren. Die Fraktion des 'Bündnis für Neustadt' wird dem Haushalt 2013 mehrheitlich zustimmen."*

Herr Wissing – Fraktionsvorsitzender der CDU:

"Sehr geehrter Herr Weiße, sehr geehrte Stadträte, sehr geehrte Damen und Herren,

*ich könnte jetzt das gleiche Statement des Vorjahres abgeben, mache ich aber nicht. Ich könnte jetzt den vorliegenden Haushalt loben, weil wir es erreicht haben, gegen den vehementen Widerstand des Bürgermeisters und einiger weniger Stadträte den wichtigen Beschluss zur Unterstützung der Feuerwehr durchzusetzen, im Übrigen eine Pflichtaufgabe der Stadt. Mache ich aber auch nicht. Die Struktur des Haushaltes unterscheidet sich unwesentlich zu dem des Vorjahres. Der Verwaltungshaushalt wird aus der Pflichtrücklage ausgeglichen, das ist schlimm. Wiederum wurden Vorschläge der CDU-Fraktion nicht aufgegriffen. Prinzipiell müsste man gegen den Haushalt 2013 stimmen. Aber um so wichtige Beschlüsse, wie den zur Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehr, ich betone **Freiwillige** Feuerwehr, nicht zu gefährden, wird sich die Mehrheit der CDU-Fraktion zum Haushalt enthalten. Danke!"*

Herr Stolze - Liste FDP:

"Sehr geehrte Damen und Herren,

ich werde der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan nicht zustimmen. Dieser Haushaltsplan zeigt, dass es defacto keine kommunale Selbstverwaltung mehr gibt. Obwohl die Wertschöpfung in der Kommune erfolgt, ist sie zu ihrer Finanzierung auf Almosen angewiesen. Sie wartet auf Zuweisungen vom Land, für die es aber noch keine Gesetzesgrundlage gibt. Wir befinden uns in einem Subventionsdschungel, der immer mehr Abhängigkeiten schafft, den Mittelstand weiter schwächt und die Menschen der Stadt ärmer macht. Einsparbemühungen sind nicht erkennbar. In einer angespannten Finanzsituation sollte es z.B. genügen, für Gebäude wie z. B. das Lutherhaus die Substanz zu sichern. Die Planung eines Erschließungsbaus kann ausgesetzt werden.

Einem Haushalt, der mit Hilfe von Straßenausbaubeiträgen, also Zwangsbeiträgen von Minderheiten, zur Bezahlung einer oft unverhältnismäßigen Infrastruktur finanziert wird, kann ich ohnehin nicht zustimmen. Es gibt nachweislich zeitgemäßere und kostengünstigere Methoden, Straßen instand zu halten. Dieser Haushalt ist das Ergebnis einer Kommunalpolitik, die sich im Wesentlichen darauf beschränkt, Fördermitteln nachzujagen, obwohl schon die Erbringung des Eigenanteils zunehmend Probleme bereitet. Folgekosten werden oft vernachlässigt oder klein geredet. Dabei wird anscheinend immer wieder vergessen, was auch Gott sei Dank mehreren aufgefallen ist, dass Fördermittel auch Steuermittel sind, die erarbeitet werden müssen.

Es ist auch nicht zu verstehen, warum die Stadt als Veranstaltungsunternehmen auftreten muss. Hier sollten wir über neue Wege nachdenken und überlegen, ob es nicht besser wäre, das den Gastronomen und Hoteliers in Eigenregie zu überlassen."

Herr Keidel meldet sich zu Wort. Herr Weiße macht darauf aufmerksam, dass die Fraktion Die LINKE. bereits ihre Stellungnahme abgegeben hat. Herr Dr. Rebelein verweist auf die Geschäftsordnung, dass jeder Redner zu Wort kommen könne, solange kein Stadtrat das Ende der Debatte beantragt, was auch nicht erfolgt sei.

Herr Keidel teilt mit, dass er dem Haushalts- und Finanzplan in diesem Jahr nicht zustimmen werde. Die Beschlüsse, die in den letzten Jahren gefasst worden sind, seien nur einer geringen Zahl Neustädter Bürgern dienlich. Das sei eine falsche Politik, hier müsste ein Umdenken erfolgen. Er nennt dafür zwei Beispiele:

1. Seit der Wende wurden in das Lutherhaus mehrere Millionen EUR investiert. Der damit erreichte bautechnische Zustand würde für Neustadt ausreichen. In diesem Zusammenhang weist er auf die Einwohnerentwicklung der letzten Jahre hin: 1940 – 7.500 Einwohner; 1945 – 7.800 Einwohner; 1977 – 10.000 Einwohner; 1981 – 12.840 Einwohner. Er vertritt die Meinung, dass aufgrund der jetzigen Bevölkerungszahl das vorhandene Museum ausreiche. Das geplante Museum im Lutherhaus würde mindestens 3 - 6 Mio. kosten. Das seien Steuermittel, die sinnlos verschwendet werden.
2. Der geplante Festsaal in der Klosterkirche sei nicht notwendig, da mehrere Säle in Neustadt vorhanden sind. Er erinnert an den Umbau des Glashauses zu einem Feuerwehrgeschäftehaus in den 1990er Jahren aufgrund der hohen Betriebskosten in Höhe von 12.000 DM/Jahr. Für den geplanten Festsaal gehe man momentan von technischen Betriebskosten in Höhe von 30.000 EUR/Jahr aus.

Herr Keidel favorisiere den Bau eines Naturbades, welches mindestens 90 % der Bevölkerung zu Gute komme, und verweist auf die Vorteile eines Naturbades:

- geringere Bau- und Unterhaltungskosten gegenüber herkömmlichen Freibädern
- kein Chlor – keine Allergieprobleme
- große Wasserfläche
- naturnahes Aussehen
- lange Badesaison
- z. T. ganzjährige Nutzung möglich (z. B. Wintersport)
- hohe Wasserqualität
- höhere Attraktivität.

Er hoffe auf ein Umdenken in sozialem Sinne. In nächster Zeit werde er beantragen, dass die Stadt Neustadt an der Orla einen "Sozialpass" einführe, damit auch die gering verdienende Bevölkerung am kulturellen Leben teilnehmen könne.

Herr Sachse geht auf die in der Rede von Herrn Dr. Rebelein aufgeführten Punkte ein. Die Bushaltestelle sei keine "Designerhaltestelle", sondern eine normale zweckmäßige Bushaltestelle, welche entsprechend geplant wurde. Bezüglich der Kirche Neunhofen teilt er mit, dass dies ein wichtiges Einzeldenkmal im Orlatal sei, was mühevoll seit Jahren saniert werde. Die Kirchgemeinde müsse sich immer an den Finanzierungen beteiligen.

Beschluss Nr. SRS/386/25/13:

Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage des § 57 der Thüringer Kommunalordnung die Haushaltssatzung der Stadt Neustadt an der Orla für das Haushaltsjahr 2013 samt ihrer Anlagen nach § 2 Absatz 2 Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung. Die Wirtschaftspläne 2013 und die Jahresabschlüsse 2011 der DLG mbH und der WohnRing AG als Unternehmen mit Beteiligungen der Stadt dienen dem Zweck, einen Überblick über die wirtschaftliche Tätigkeit der Stadt zu geben. Die Haushaltssatzung hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage).

Abstimmung: 10 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen, 7 Stimmenthaltungen

TOP 4: Beschlussfassung zum Finanzplan für die Jahre 2012 - 2016 mit dem dazugehörigen Investitionsprogramm

Herr Weiße informiert über den Sachverhalt anhand der Vorlage Nr. 422/ 2009 - 2014.

Der Finanz- und Liegenschaftsausschuss hat den Sachverhalt in der Sitzung vom 21.01.2013 beraten und empfiehlt dem Stadtrat mit 2 Ja-Stimmen und 6 Stimmenthaltungen, den Finanzplan für die Jahre 2012 – 2016 mit dem dazugehörigen Investitionsprogramm zu beschließen.

Beschluss Nr. SRS/387/25/13:

**Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage des § 62 der Thüringer Kommunalordnung den Finanzplan für die Jahre 2012 – 2016 mit dem dazugehörigen Investitionsprogramm
Abstimmung: 9 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen, 8 Stimmenthaltungen**

TOP 5: Beschlussfassung über die teilräumliche Fortschreibung und Vertiefung für den Bereich zwischen Centbaumweg und Arnshaugker Straße im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) Neustadt an der Orla 2020 auf der Grundlage von § 171 b BauGB in der zurzeit geltenden Fassung

Herr Weiße informiert über den Sachverhalt anhand der Vorlage Nr. 405/ 2009 - 2014.

Herr Dr. Rebelein fragt an, inwieweit sich das Planungsbüro an der teilräumigen Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) beteiligt hat.

Herr Bulinski teilt mit, dass das Planungsbüro (Büro für urbane Projekte, Leipzig) in Kooperation mit der Stadtverwaltung die Fortschreibung des ISEK aus den Jahren 2002/03 und 2008 ausgearbeitet habe. Das Konzept wurde mehrfach im Bau- und Umweltausschuss beraten und konnte zu den Sitzungen sowie im Ratsinformationssystem eingesehen werden.

Herr Dr. Rebelein verweist darauf, dass in der Vergangenheit derartige Konzepte vor der Beschlussfassung durch die Planungsbüros vorgestellt wurden. Diese Vorgehensweise sollte auch in Zukunft angewandt werden.

Herr Sachse begrüßt die Umsetzung der Forderung der CDU-Fraktion, weitere Wohnbaustandorte im Stadtgebiet zu schaffen. Im Weiteren stehe die Schaffung von neuen Gewerbestandorten noch aus.

Der Bau- und Umweltausschuss hat den Sachverhalt in der Sitzung vom 03.12.2012 beraten und empfiehlt einstimmig dem Stadtrat, die teilräumliche Fortschreibung im Rahmen des ISEK zu beschließen.

Beschluss Nr. SRS/388/25/13:

Der Stadtrat beschließt über die teilräumliche Fortschreibung und Vertiefung für den Bereich zwischen Centbaumweg und Arnshaugker Straße im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) Neustadt an der Orla 2020 auf der Grundlage von § 171 b BauGB in der zurzeit geltenden Fassung.

Abstimmung: 18 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen, 1 Stimmenthaltung

TOP 6: Beschlussfassung über die Aufstellung des Bebauungsplanes „Wohnbebauung für den Bereich zwischen Centbaumweg und Arnshaugker Straße“

Herr Bulinski gibt kurz Erläuterungen analog der Vorlage Nr. 424/ 2009 – 2014.

Der Bau- und Umweltausschuss hat den Sachverhalt in der Sitzung vom 23.01.2013 beraten und empfiehlt einstimmig dem Stadtrat, die Aufstellung des Bebauungsplanes "Wohnbebauung für den Bereich zwischen Centbaumweg und Arnshaugker Straße" zu beschließen.

Beschluss Nr. SRS/389/25/13:

Der Stadtrat beschließt gem. § 2 Abs. 1 BauGB über die Aufstellung des Bebauungsplanes „Wohnbebauung für den Bereich zwischen Centbaumweg und Arnshaugker Straße“ (Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB) auf dem Flst.Nr. 1658/18 der Flur 12, Gemarkung Neustadt.

Abstimmung: 18 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen, 1 Stimmenthaltung

TOP 7: Beschlussfassung über die Vergabe von archäologischen Untersuchungen im Bereich der Stützen im Inneren und Glasanbau für die Maßnahme Umbau/Sanierung Klosterkirche und Schloßgasse 31 zu Gemeindesaal in 07806 Neustadt an der Orla

Herr Bulinski gibt Erläuterungen anhand der Vorlage Nr. 423/ 2009 – 2014.

Herr Sachse teilt aufgrund der hohen finanziellen Kosten sein Unverständnis zu der geplanten Maßnahme mit.

Herr Bulinski erläutert, dass die archäologischen Grabungen eine Auflage des Thüringischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie (TLDA) darstellen. Mit der Behörde wurden Verhandlungen geführt, um Änderungen in der Planung und somit eine Kostenminimierung vorzunehmen.

Herr Schedlinski bittet Herrn Bulinski, den Stadträten zur nächsten Sitzung am 21.03.2013 einen Überblick über die

- Kostenentwicklung,
- Entwicklung von Nachträgen,
- zeitliche Einhaltung der Termine bzw. evtl. Gefährdung der Einhaltung von Terminen,

zu geben.

Durch das Planungsbüro liege die Zusage vor, dass die Baumaßnahme am 31.12.2013 abgeschlossen wird. Er sieht durch die umfangreichen archäologischen Arbeiten die Einhaltung der Terminachse in Gefahr bzw. eine Behinderung der Gewerksausführung.

T: nächste Stadtratssitzung am 21.03.2013

Herr Gumz stellt an Herrn Sache die Anfrage, inwieweit die Stadt bezüglich der Forderungen der Denkmalpflege entgegenwirken könne. Herr Sachse führt aus, dass die archäologischen Untersuchungen auf einer Kalkulation des TLDA beruhen. Die Stadt sei nicht Arbeitsbeschaffer für diese Behörde. Er fordert, dass die Verhandlungen anders geführt werden, um die Kosten drastisch zu senken.

Herr Prof. Dr. Greiling verweist auf die knappe Beschlussempfehlung durch den Bau- und Umweltausschuss und fragt für den Fall an, dass der Beschluss keine Mehrheit erhalte. Herr Bulinski informiert, dass dann die Baumaßnahme nicht weiter realisiert werden könne.

Herr Dr. Rebelein bezieht sich auf die Angabe, dass das TLDA bei dieser Maßnahme als Auftraggeber und Auftragnehmer auftrete, und stellt die Notwendigkeit der Beschlussfassung in Frage. Herr Bulinski bestätigt diese Tatsache, da die Behörde die alleinige Kompetenz dafür besitze.

Herr Schmidt stellt eine Finanzierung der Maßnahme mit Fördermitteln aus dem Landwirtschaftsfonds in Frage. Herr Bulinski erläutert, dass die Förderung über das ELER-Programm aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums laufe, welche alle Kommunen unter 10.000 Einwohner betreffe.

Herr Weiße fragt an, ob eine Deckelung der Kosten für die archäologischen Untersuchungen mittels Beschluss möglich sei. Herr Bulinski verneint diese Möglichkeit und weist darauf hin, dass nach den umfangreichen Verhandlungen des Planungsbüros und der Verwaltung mit dem TLDA die Kosten bereits von ca. 250.000 EUR auf ca. 85.000 EUR reduziert worden seien.

Herr Stolze halte den Beschluss für überflüssig, da es keine Alternative gebe. Herr Wissing widerspricht dieser Aussage, da ansonsten die Baumaßnahme nicht weiter umgesetzt werden könne.

Herr Kupfernagel fragt an, wie hoch sich die Fördermittel aus dem ELER-Programm belaufen, da in der Rubrik 'Finanzielle Auswirkungen' der Beschlussvorlage aufgeführt ist, dass die Finanzierung aus Haushaltsmitteln der Stadt erfolge. Herr Bulinski teilt mit, dass die Stadt zwar in Vorleistung gehe, jedoch die Summe durch den Zuschuss aus dem ELER-Programm ausgeglichen werde.

Der Bau- und Umweltausschuss hat den Sachverhalt in der Sitzung vom 23.01.2013 beraten und empfiehlt dem Stadtrat mit 5 Ja-Stimmen und 3 Gegenstimmen, die Vergabe der archäologischen Untersuchungen zu beschließen.

Beschluss Nr. SRS/390/25/13:

Der Stadtrat beschließt über die Vergabe von archäologischen Untersuchungen im Bereich der Stützen im Inneren und des Glasanbaus der Klosterkirche sowie Ausgrabungen und Aufarbeitung in der Schloßgasse 31 für die Maßnahme Umbau/Sanierung Westflügel Klosterkirche und Schloßgasse 31 zu Gemeindesaal in 07806 Neustadt an der Orla an das Thüringische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Humboldtstraße 11, 99423 Weimar zu einer Summe in Höhe von 85.629,00 € (brutto).

Abstimmung: 10 Ja-Stimmen, 7 Gegenstimmen, 2 Stimmenthaltungen

TOP 8: Beschlussfassung über den Antrag auf Befreiung von der grünordnerischen Festsetzung zum Bebauungsplan „Gewerbegebiet Neustadt/Orla – Molbitz/Dreitzsch“ 1. Änderung bezüglich der Begrünung von Wandflächen

Herr Weiße informiert über den Sachverhalt anhand der Vorlage Nr. T 48/ 2009 - 2014.

Aufgrund der Dringlichkeit konnte der Sachverhalt nicht vorberaten werden (Tischvorlage).

Herr Gumz regt an, dass für die Befreiung von der grünordnerischen Festsetzung zum Bebauungsplan eine Ausgleichspflanzung erfolgen sollte. Herr Bulinski verweist auf die im Entwurfsplan ersichtlichen Bepflanzungen.

Herr Dr. Rebelein bezieht sich darauf, dass die Antragstellung über ein Rechtsanwaltsbüro erfolgt und fragt an, ob der Sachverhalt auch durch die städtische Rechtsanwaltskanzlei geprüft wurde. Herr Bulinski verweist darauf, dass seitens der Verwaltung eine Beurteilung nach den Vorschriften des BauGB erfolge, wofür eine Prüfung durch einen Rechtsanwalt nicht erforderlich sei.

Herr Kupfernagel verweist darauf, dass die Antragstellung an das Umweltamt des Landratsamtes Saale-Orla-Kreis erfolgte und fragt an, ob von dieser Behörde eine Empfehlung vorliege. Herr Bulinski teilt mit, dass Rücksprachen mit den Fachdiensten für Umwelt und Bauaufsicht erfolgten. Beide Fachbereiche haben sich für die Befreiung ausgesprochen.

Herr Stolze spricht sich für eine Beschlussfassung aus, da es sich um einen wichtigen Arbeitgeber handle. Des Weiteren werden durch diesen die gesetzlichen Vorschriften eingehalten und eine Begrünung des Außenbereichs vorgenommen.

Auf die Anfrage des Herrn Schmidt teilt Herr Bulinski mit, dass keine Ausgleichsmaßnahme stattfinden müsse.

Beschluss Nr. SRS/391/25/13:

Der Stadtrat beschließt über den Antrag auf Befreiung von der grünordnerischen Festsetzung gemäß Ziffer 2.5 der textlichen Festsetzungen des Bebauungsplans „Gewerbegebiet Neustadt/Orla – Molbitz/Dreitzsch“ 1. Änderung: Zusammenhängende Wandflächen mit einer Mindestgröße von 150 m² sind mit Klettergehölzen gemäß Pflanzenliste zu

**bepflanzen, Flst.Nr. 499/16, Flur 4, Gemarkung Molbitz, In den Gruppenäckern in 07806 Neustadt an der Orla.
Abstimmung: 19 Ja-Stimmen (einstimmig)**

TOP 9: Beschlussfassung über die Kostenspaltung für die Teileinrichtung "Beleuchtung" der Verkehrsanlage "Am Oberen Gries" in Neustadt an der Orla zwecks Erhebung von Straßenausbaubeiträgen

Herr Bulinski gibt Erläuterungen zum Sachverhalt anhand der Vorlage Nr. 417/ 2009 – 2014. Der Finanz- und Liegenschaftsausschuss hat den Sachverhalt in der Sitzung vom 21.01.2013 beraten und empfiehlt dem Stadtrat mit 6 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen, eine Kostenspaltung für die Teileinrichtung "Beleuchtung" der Verkehrsanlage "Am Oberen Gries" zu beschließen.

Beschluss Nr. SRS/392/25/13:

Der Stadtrat beschließt die Kostenspaltung für die Teileinrichtung „Beleuchtung“ der Verkehrsanlage „Am Oberen Gries“ in Neustadt an der Orla zwecks Erhebung von Straßenausbaubeiträgen.

Abstimmung: 16 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme, 2 Stimmenthaltungen

TOP 10: Beschlussfassung zum Abschluss eines Leasing-Vertrages für ein Dienstfahrzeug des Bürgermeisters

Herr Weiße informiert über den Sachverhalt anhand der Vorlage Nr. 425/ 2009 - 2014.

Der Finanz- und Liegenschaftsausschuss hat den Sachverhalt in der Sitzung vom 21.01.2013 beraten und empfiehlt dem Stadtrat mit 4 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen, 1 Stimmenthaltung und 1 Befangenheit (Ausschluss nach § 38 ThürKO), den Abschluss eines Leasing-Vertrages für ein Dienstfahrzeug des Bürgermeisters zu beschließen.

Herr Wissing stellt den Antrag, die Beschlussvorlage zur nochmaligen Vorberatung in die nächste Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses zurückzuverweisen. Er begründet seinen Antrag damit, dass das Fahrzeug von einem Neustädter Autohaus bezogen werden sollte, die hier Steuern zahle. Des Weiteren habe er mehrere vergleichbare Angebote eingeholt, wobei er wesentliches Einsparpotenzial festgestellt habe.

Auf die Anfrage des Herrn Schedlinski teilt Frau Jansen-Schleicher mit, dass der jetzige Vertrag im April 2013 auslaufe.

Antrag des Herrn Wissing:

Die Beschlussvorlage wird zur Vorberatung in der nächsten Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses zurückverwiesen. Die Verwaltung wird beauftragt, für den Abschluss eines Leasingvertrages für ein Dienstfahrzeug des Bürgermeisters vergleichbare Angebot von Neustädter Autohäusern einzuholen.

Abstimmung: 18 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen, 1 Stimmenthaltung

TOP 11: Anfragen der Fraktionen und Stadträte

Durch die Stadträte werden folgende Anfragen gestellt:

- **Ausschnittarbeiten**

Herr Keidel fragt zu den vorgenommenen Ausschnittarbeiten an Bäumen auf dem Markt und in der Marktstraße an. Herr Klenz begründet die umfangreichen Ausschnittarbeiten mit dem Zustand der Bäume, welche eine starke Vergreisung aufwiesen. Des Weiteren wurden mehrere Bäume gefällt, für die in den nächsten Monaten Ersatzpflanzungen erfolgen.

- **Anfrage zum grundhaften Ausbau der Gartenstraße vom 29.11.2012**

Herr Stolze teilt mit, dass der Bürgermeister in der letzten Sitzung des Stadtrates vom 29.11.2012 eine schriftliche Antwort auf seine Frage, welche Kosten dem Zweckverband für seine dort durchgeführten Arbeiten entstanden wären, wenn er sie allein und nicht zusammen mit dem grundhaften Straßenausbau durchgeführt hätte. Da die Beantwortung der Frage noch nicht vorgenommen wurde, bittet er um Erledigung bis spätestens 15.02.2013.

T: 15.02.2013

- **Anfrage zum grundhaften Straßenausbau in Neustadt (O.) v. 29.03.2012**

Herr Stolze verweist darauf, dass sich der Bürgermeister einem demokratischen Verfahren, die beiden Straßen, für die er o. g. Anfrage beantworten will, öffentlich durch die Straßenausbaubeitragspflichtigen auswählen zu lassen, verschließe. Er bittet nunmehr um die vollständige Beantwortung der Fragestellung vom 29.03.2012 bis spätestens 15.02.2013.

T: 15.02.2013

TOP 12: Bürgeranfragen

- Herr Dr. Liebert spricht folgende Sachverhalte an:
 - Bezüglich der erfolgten **Baumpflanzungen** in der **Rodaer Straße** schlägt er vor, die Baumgruppe auf der westlichen Seite zu schließen. Dadurch würde wieder eine geschlossene Allee entstehen. Des Weiteren weist er auf erforderliche Pflegemaßnahmen hin. Herr Bulinski teilt mit, dass in den Folgejahren Pflegeleistungen erfolgen.
 - Bezüglich der **Streuobstwiese** in der **Rodaer Straße** (rechts, hinter dem letzten Haus in Richtung Sachsenburg) sei ihm bekannt geworden, dass der Bereich Baugelände sei. Herr Bulinski weist darauf hin, dass dieser Bereich vom Bauland ausgeschlossen sei.
 - Des Weiteren spricht er die Straßenschäden in der **Ziegenrücker Straße** an, welche die Verbindungsstraße zu Kosпода darstelle. Er fragt zum Sachstand an. Herr Weiße informiert, dass die Straßensanierung nicht in der Zuständigkeit der Stadt, sondern des Landkreises liege.
- Ein weiterer Bürger spricht folgende Punkte an:
 - Der Bürger verweist auf die Wichtigkeit der Zuwegung zur Gartenanlage "An den Falkenhainwiesen". Herr Bulinski informiert, dass die finanziellen Mittel für die Sanierung der **Brücke Ziegenrücker Straße** im Haushalt 2013 eingeplant wurden. Entsprechende Angebote wurden bereits eingeholt. Herr Schedlinski teilt hierzu ergänzend mit, dass er sich in dieser scheinbar aussichtslosen Sache engagiert habe. In einer gemeinsamen Beratung zwischen den beide Parteien vertretenen Rechtsanwälten und dem Gartenbauverein konnte ein Konsens gefunden werden, jedoch fehlen momentan noch 2.000 EUR für die Sanierung der Brücke. Er bittet die heute anwesenden Vertreter des Gartenbauvereins um kurzfristige Beratung, Möglichkeiten zu finden, diese kleine finanzielle Lücke zu schließen.
 - Des Weiteren spricht der Bürger die im TOP 6 getroffene Beschlussfassung zur Aufstellung des **Bebauungsplanes** Wohnbebauung für den Bereich zwischen Centbaumweg

und Arnshaugker Straße an. Er sei unmittelbarer Anwohner und hält eine Bürgerbeteiligung unbedingt für erforderlich. Bei einer Bebauung des Bereiches sieht er eine Einschränkung der Sichtverhältnisse und gibt auch die Nähe zum Ensembleschutzgebiet Arnshaugk zu bedenken. Herr Bulinski informiert über die frühzeitige Träger und Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen des Bauleitplanverfahrens, bei welchen die Möglichkeit besteht, berechnete Einwände kundzugeben. Im weiteren Verfahren findet nochmals eine förmliche Beteiligung über den Auslegung- und Billigungsbeschluss statt. Auch hier besteht nochmals die Möglichkeit, die Einwände zu formulieren.

- Herr Schmidt, Anwohner der Dimitroffstraße, weist darauf hin, dass bei den zurzeit vorherrschenden geringen Schneefällen kein Streuen von Salz im Rahmen des **Winterdienstes** in der kleinen Dimitroffstraße erforderlich sei.
- Ein weiterer Bürger teilt sein Unverständnis zu den **Sicherungsmaßnahmen** mit. Vor einigen Jahren sei an dem Gebäude Topfmarkt 3 eine aufwendige Dachsanierung vorgenommen worden, obwohl dieses bis heute nicht bewohnt werde. Das gleiche vermutet er bei der Sicherungsmaßnahme Gerichtsgasse 7. Mit einem Abriss hätte die östliche Seite der Gerichtsgasse eine andere Wohnqualität. Die WohnRing AG würde dagegen Häuser aus den 1950er Jahren wegreißen, um den Leerstand zu verringern. Herr Bulinski verweist darauf, dass der Abriss Häuser betreffe, welche außerhalb des Sanierungsgebietes liegen. Aufgrund der Fördermodalitäten sei die Stadt verpflichtet, die im Kern der Altstadt befindlichen Häuser zu erhalten. Des Weiteren sei mit dem Abriss des Gebäudes Gerichtsgasse 7 der Gassencharakter nicht mehr vorhanden. Die Stadt setzt einen erheblichen Anteil an Fördermitteln für Sicherungsmaßnahmen ein, um anschließend den Bürgern die Möglichkeit zu geben, diese Gebäude zu sanieren. Herr Wissing stimmt in Bezug auf die Gerichtsgasse 7 der Aussage des Bürgers zu, dass dieses Haus eine Ruine sei und bleiben werde.
- Herr Beer, ehem. Amtsleiter des Bauamtes, verweist darauf, dass die Stadt Neustadt für das Gebiet Streuobstwiesen **Rodaer Straße** einen Bebauungsplan geplant habe. Jedoch wurde aufgrund der Einwände von Naturschutzvereinen nicht mehr an dem Vorhaben weitergearbeitet. **Er bittet zu prüfen, ob der Beschluss aufgehoben wurde.**

Nach Abhandlung der Tagesordnung beendet der Herr Weiße den öffentlichen Teil der 25. Sitzung des Stadtrates gegen 21:40. Es findet für ca. 10 Minuten eine kurze Unterbrechung der Sitzung statt.

Weißer
1. Beigeordneter

Schmidt
Schriftführerin

Hinweis: Die Niederschrift des nichtöffentlichen Teils der Sitzung kann im Mitgliederbereich des Ratsinformationssystems bzw. im Büro des Stadtrates eingesehen werden.

Verteiler:

Mitglieder Stadtrat, Amtsleiter, OT-Bürgermeister, Geschäftsführer SWN und WohnRing AG, Büro des Stadtrates (z. d. A.)

Vor der Sitzung wurden an die Mitglieder des Stadtrates folgende Unterlagen verteilt:

- Vorlage T 48/2009 – 2014 (Tischvorlage)
- Beteiligungsbericht 2011 der OTEGAU Gera



Beschlussprotokoll

über die 25. Sitzung des Stadtrates der Stadt Neustadt an der Orla am 31.01.2013 (öffentlicher Teil)

SRS/385/25/13	Der Stadtrat genehmigt die Niederschrift aus der 24. Sitzung des Stadtrates der Stadt Neustadt an der Orla vom 29.11.2012 (öffentlicher Teil) in vorliegender Form. Abstimmung: 18 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen, 1 Stimmenthaltung
SRS/386/25/13	Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage des § 57 der Thüringer Kommunalordnung die Haushaltssatzung der Stadt Neustadt an der Orla für das Haushaltsjahr 2013 samt ihrer Anlagen nach § 2 Absatz 2 Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung. Die Wirtschaftspläne 2013 und die Jahresabschlüsse 2011 der DLG mbH und der WohnRing AG als Unternehmen mit Beteiligungen der Stadt dienen dem Zweck, einen Überblick über die wirtschaftliche Tätigkeit der Stadt zu geben. Die Haushaltssatzung hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage). Abstimmung: 10 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen, 7 Stimmenthaltungen
SRS/387/25/13	Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage des § 62 der Thüringer Kommunalordnung den Finanzplan für die Jahre 2012 – 2016 mit dem dazugehörigen Investitionsprogramm. Abstimmung: 9 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen, 8 Stimmenthaltungen
SRS/388/25/13	Der Stadtrat beschließt über die teilräumliche Fortschreibung und Vertiefung für den Bereich zwischen Centbaumweg und Arnshaugker Straße im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) Neustadt an der Orla 2020 auf der Grundlage von § 171 b BauGB in der zurzeit geltenden Fassung. Abstimmung: 18 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen, 1 Stimmenthaltung
SRS/389/25/13	Der Stadtrat beschließt gem. § 2 Abs. 1 BauGB über die Aufstellung des Bebauungsplanes „Wohnbebauung für den Bereich zwischen Centbaumweg und Arnshaugker Straße“ (Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB) auf dem Flst.Nr. 1658/18 der Flur 12, Gemarkung Neustadt. Abstimmung: 18 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen, 1 Stimmenthaltung
SRS/390/25/13	Der Stadtrat beschließt über die Vergabe von archäologischen Untersuchungen im Bereich der Stützen im Inneren und des Glasanbaus der Klosterkirche sowie Ausgrabungen und Aufarbeitung in der Schloßgasse 31 für die Maßnahme Umbau/Sanierung Westflügel Klosterkirche und Schloßgasse 31 zu Gemeindesaal in 07806 Neustadt an der Orla an das Thüringische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Humboldtstraße 11, 99423 Weimar zu einer Summe in Höhe von 85.629,00 € (brutto). Abstimmung: 10 Ja-Stimmen, 7 Gegenstimmen, 2 Stimmenthaltungen
SRS/391/25/13	Der Stadtrat beschließt über den Antrag auf Befreiung von der grünordnerischen Festsetzung gemäß Ziffer 2.5 der textlichen Festsetzungen des Bebauungsplans „Gewerbegebiet Neustadt/Orla – Molbitz/Dreitzsch“ 1. Änderung: Zusammenhängende Wandflächen mit einer Mindestgröße von 150 m ² sind mit Klettergehölzen gemäß Pflanzenliste zu bepflanzen, Flst.Nr. 499/16, Flur 4, Gemarkung Molbitz, In den Gruppenäckern in 07806 Neustadt an der Orla. Abstimmung: 19 Ja-Stimmen (einstimmig)
SRS/392/25/13	Der Stadtrat beschließt die Kostenspaltung für die Teileinrichtung „Beleuchtung“ der Verkehrsanlage „Am Oberen Gries“ in Neustadt an der Orla zwecks Erhebung von Straßenausbaubeiträgen. Abstimmung: 16 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme, 2 Stimmenthaltungen

Neustadt an der Orla, 12. Feb. 2013

Weißer
1. Beigeordneter